

Der 13. August 1961:
Deutschland
endgültig geteilt?

Die Berliner Mauer – das Symbol deutscher Teilung

Manfred Wilke

Am 13. August 1961 trennten Volkspolizei und SED-Parteiarmee (die „Kampfgruppen der Arbeiterklasse“) mit Stacheldraht Ost- von West-Berlin, gleichzeitig begann die Abriegelung West-Berlins von seinem Brandenburger Umland. West-Berlin wurde inmitten der DDR zu einer Insel. Die Teilung dieser europäischen Metropole führte allen Deutschen die unerbittliche Realität der Teilung ihres Landes vor Augen. Die Grenze zwischen den beiden deutschen Staaten war auch die der bipolaren Weltordnung. Sechzehn Jahre nach Kriegsende musste eine ganze Generation ihre Hoffnungen auf die Wiedervereinigung Deutschlands in Frieden und Freiheit beerdigen. Aus dem Stacheldraht wurde rasch die Berliner Mauer mit Grenzregime und Schießbefehl für die DDR-Grenztruppen. Die nächste Generation wuchs in ihrem Schatten auf, und die Mauer wurde zum Symbol der scheinbar unabänderlichen Teilung Deutschlands. Die kollektiven Erinnerungen an den Mauerbau sind bis heute vielschichtig, interessengeleitet und generationsspezifisch.

Für die Erlebnisgeneration war 1961 alles klar: Um die totalitäre Macht der SED in der DDR angesichts der Flüchtlingszahlen aus dem „Arbeiter-und-Bauern-Staat“ zu behaupten, musste das Tor zum Westen in Berlin geschlossen werden. Umgekehrt war für die Aktivisten der DDR die Grenzschließung zur Sicherung des Sozialismus in Deutschland eine unbedingte Notwendigkeit. SED-Chef Walter Ulbricht formulierte in Mos-

kau im August 1961 offen, die beabsichtigte „Grenzkontrolle“ richte sich gegen die eigene Bevölkerung. Die Lage der DDR „macht es notwendig, daß zur gegebenen Zeit die Staatsgrenze der Deutschen Demokratischen Republik (die mitten durch Berlin geht) für Bürger der Deutschen Demokratischen Republik nur mit besonderer Ausreisegenehmigung passiert werden darf, oder, soweit das einen Besuch von Bürgern der Hauptstadt der DDR in Westberlin betrifft, mit besonderer Bescheinigung erlaubt wird“. Allen Bürgern der DDR, die diese Regelung nicht akzeptieren wollten und weiterhin versuchten, nach West-Berlin zu fliehen, drohte an der Mauer der Tod.

Entzug der Freizügigkeit

Nach dem 13. August in Berlin mussten sich die Deutschen in der DDR mit den Verhältnissen abfinden und sich mit den Kommunisten arrangieren, ohne ihre Herrschaft mehrheitlich zu billigen. Der Entzug der Freizügigkeit durch die SED schuf ein Gefühl einer Freiheitsberaubung, das 1989 eruptiv in der friedlichen Revolution in der DDR mündete und zum Fall der Mauer führte.

In der Bundesrepublik wurde die Berliner Mauer in den innenpolitischen Debatten um die Deutschlandpolitik zunehmend reduziert auf den Beweis für das Scheitern der Deutschlandpolitik der Regierungen von Konrad Adenauer, die unbeirrt von den vier Siegermächten auf eine Lösung der deutschen Frage im

Sinne der Wiederherstellung der deutschen Einheit drängte.

Die Mauer wurde für die Politik der Bundesrepublik eine Zäsur und zum Katalysator für eine neue Ostpolitik. Sie musste von den Realitäten der deutschen Zweistaatlichkeit ausgehen. Die Differenz lag in der Antwort auf die Frage: Hält sie die Perspektive der Wiedervereinigung offen, oder akzeptiert sie die Teilung? Für viele wurde die DDR immer mehr zu einem „zweiten Österreich“. Die Hoffnung auf die Einheit der Nation schwand unzweifelhaft im demokratischen Kernstaat Bundesrepublik. Der kommunistische Gewaltakt gegen das eigene Volk, der sich in dieser Mauer manifestierte, wurde außerhalb von Berlin zu einem touristischen Event.

Erst der Mauerfall 1989 bewies die Gegenwart der Geschichte der eingefrorenen Systemauseinandersetzung um die Zukunft Deutschlands und erzwang eine historische Ortsbestimmung dieser beiden Zäsuren der Teilungsgeschichte, die mit der Mauer verbunden sind: 1961 ihr Bau und 1989 ihr Fall, der das Tor zur Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit öffnete.

Der Mauerbau 1961

Mit der Grenzschließung in Berlin demonstrierte die Sowjetunion, dass sie nicht bereit war, die DDR aufzugeben, war sie doch zugleich Garnisonsstaat ihrer Armee. Zu Beginn der Berlin-Krise 1958 wollten der sowjetische Staats- und Parteichef Nikita S. Chruschtschow und SED-Chef Walter Ulbricht in Berlin auch keine Mauer bauen, sondern sie forderten einen Friedensvertrag mit den Westmächten und den beiden deutschen Staaten. West-Berlin sollte in eine „entmilitarisierte, freie Stadt“ transformiert werden, und die Truppen der Westmächte sollten aus Berlin abziehen. Gleichzeitig sollte die DDR die Kontrolle der Transitwege nach West-Berlin übernehmen.

Die Krise der DDR ab Herbst 1960 und die damit verbundenen hohen Flüchtlingszahlen, die das Tor zur Freiheit in Berlin nutzten, waren ein Faktor, der die sowjetische Führung zum Rückzug aus ihrer politischen Offensive zwang. Der letztlich gewichtigere Grund war die Weigerung der drei Westmächte, ihre Statusrechte in Berlin aufzugeben. Es gab in dieser politischen Patt-Situation nur einen Weg, sie aufzulösen: Das war Krieg.

Einen mit Atomwaffen geführten Krieg um Berlin wollten weder die Vereinigten Staaten noch die Sowjetunion – obwohl ihre Generalstäbe den Ernstfall durchspielten. Weltpolitisch war die Mauer durch Berlin zwischen der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten ein Kompromiss auf Basis des Status quo der tatsächlichen Teilung Berlins.

Der Zeitpunkt, an dem Chruschtschow entschied, sich in Berlin mit einer Schließung der Sektorengrenze zu begnügen, war aufgrund geschlossener sowjetischer Archive unter Historikern lange umstritten. Heute wissen wir, er entschied sich zu diesem Schritt am 20. Juli 1961. Ulbricht bekam endlich vom sowjetischen Botschafter die erbetene Erlaubnis übermittelt, die Schließung der Sektorengrenze in Berlin vorzubereiten – was die SED seit Januar 1961 bereits getan hatte. Gleichzeitig befahl Chruschtschow der sowjetischen Armee, die Planung für diese Operation zu koordinieren. Am 10. August befahl der Marschall Iwan S. Konew den drei DDR-Ministern Erich Mielke (MfS), Karl Maron (Minister des Inneren) und Armeegeneral Heinz Hoffmann (Minister für Verteidigung), die Grenze am 13. August ab 0.00 Uhr zu schließen.

Weltpolitisch erwies sich die Mauer in Berlin als Lösung einer Krise, in der die Gefahr eines atomaren Krieges in Europa drohte. Der Preis für diesen Frieden war die Fortdauer der deutschen Teilung (ver-

Absperrungsmaßnahme am Brandenburger Tor Berlin beim Beginn des Mauerbaus durch Stacheldrahtverhau am 14./15. August 1961.

© picture-alliance/akg-images, Foto: akg-images/Gert Schuetz



gleiche dazu, Manfred Wilke: *Der Weg zur Mauer, Stationen der Teilungsgeschichte*, Berlin 2011; hier finden sich auch alle Zitate der Akteure).

Überraschung und ohnmächtige Empörung

Die Grenzschließung in Berlin überraschte sowohl die Bundesregierung in Bonn als auch den Senat von Berlin. Der unglaubliche Vorgang, eine europäische Metropole mit Stacheldraht zu teilen, war medial ein Weltereignis, und die Fernsehkameras hielten die Ereignisse fest. Der Stacheldraht durch Berlin demonstrierte

bildhaft die Teilung des Landes. Diese Bilder warfen die Frage auf: Mussten die Deutschen nun ihre Hoffnung auf Wiedervereinigung endgültig begraben, und was bedeutete das Ereignis für die künftige Deutschlandpolitik der Bundesrepublik?

Bundeskanzler Adenauer benannte noch am 13. August die eigentliche Ursache für diesen Gewaltakt: „Diese Maßnahme ist getroffen worden, weil das der mitteldeutschen Bevölkerung von einer auswärtigen Macht aufgezwungene Regime der inneren Schwierigkeiten in seinem Machtbereich nicht mehr Herr

wurde.“ Diese Machtdemonstration änderte aber nichts an dem Verfassungsauftrag der Bundesrepublik, die deutsche Einheit mit friedlichen Mitteln herbeizuführen. „Mit den Deutschen in der Sowjetzone und in Ost-Berlin fühlen wir uns nach wie vor aufs engste verbunden; sie sind und bleiben unsere deutschen Brüder und Schwestern. Die Bundesregierung hält an dem Ziel der deutschen Einheit in Freiheit unverrückbar fest.“ Die Erklärung war ein Versprechen vor allem gegenüber der Bevölkerung der DDR und stellte schon am 13. August klar, dass die deutsche Frage nicht durch diesen einseitigen Gewaltakt gelöst werden könne. Die Bundesregierung beharrte weiter auf dem Selbstbestimmungsrecht der Deutschen.

Widerstandswille wie 1948

Der Brennpunkt der Proteste gegen den Stacheldraht durch die Stadt war das abgeriegelte West-Berlin. Der Schock für die West-Berliner war ein doppelter: einmal die Brutalität, mit der die SED die Sektorengrenze schloss, und dann die Hinnahme der Grenzsperrungen durch die Westmächte. Angst vor der eigenen Zukunft und Misstrauen gegenüber den Bündnisgarantien der Vereinigten Staaten breiteten sich aus. Mussten nun die Möbelwagen bestellt werden, um diese im Stich gelassene Stadt zu verlassen? Das war die Frage.

In gewisser Weise wiederholte sich das Szenario von 1948, als die Sowjetunion mit einer Blockade der Transitwege von Westdeutschland nach West-Berlin die drei Westmächte zum Abzug zwingen wollte. Der Regierende Bürgermeister Willy Brandt trat in die Fußstapfen seines Vorgängers Ernst Reuter, der 1948 den Widerstandswillen der Berliner gegen die Blockade mobilisiert hatte und damit die Voraussetzung für die Luftbrücke der Amerikaner schuf. Wie dieser sprach Brandt für die Stadt.

Am 16. August wurde das Schöneberger Rathaus zur Tribüne, vor dem sich 250 000 Berliner versammelten. Mit seiner Rede verwandelte Brandt die ohnmächtige Empörung vieler Berliner über die gewaltsame Teilung ihrer Stadt durch die kommunistischen Machthaber zu einer entschlossenen Haltung der Selbstbehauptung von West-Berlin. Er erinnerte seine Zuhörer daran, dass „unsere Mitbürger im Sektor und in der Zone“ die schwerste Last trügen, die man ihnen in diesen Tagen nicht abnehmen könne, „und das ist heute das Bitterste für uns! Wir können sie ihnen nur mittragen helfen, in dem wir ihnen zeigen, daß wir uns der Stunde gewachsen zeigen! Sie fragen, ob wir sie jetzt abschreiben. Darauf gibt es nur die Antwort: Nein, niemals! Sie fragen uns, ob wir sie jetzt verraten werden, und auch darauf gibt es nur die Antwort: Nein, niemals!“ Brandt wandte sich auch gegen die passive Hinnahme der Grenzziehung und forderte von der Bundesregierung, dass sie die Vertretung von West-Berlin international offensiv wahrnehme. Es dürfe kein nicht militärisches Abkommen der Bundesrepublik geben, in dem nicht die „Interessen des freiheitlichen Berlin gesichert sind“. Er forderte die öffentliche Ächtung des SED-Staates.

Schwindende internationale Bedeutung der deutschen Frage

Zwei Tage später sprach er im Deutschen Bundestag über die eingetretenen Zäsuren für die deutsche Politik: „Ein Wurm krümmt sich noch, wenn er getreten wird. Für die westlichen Schutzmächte bedeutet der vergangene Sonntag, dass sie aus jenen Viermächtevereinbarungen herausgedrängt worden sind, die sich auf Berlin als Ganzes beziehen. Die Erklärung der Warschauer-Pakt-Staaten und das, was die Zonenregierung darauf gestützt verkündet hat, bedeutet in Wirklichkeit auch, dass den Westmächten die Mitver-

antwortung für Deutschland als Ganzes streitig gemacht wird.“

Als Konsequenz ergab sich aus dieser Feststellung, dass sich die Bundesrepublik nicht weiter darauf verlassen konnte, dass die drei Westmächte in Verhandlungen mit der Sowjetunion eine deutsche Wiedervereinigung sechzehn Jahre nach Kriegsende durchzusetzen versuchen würden. Die Absetzung der Lösung der deutschen Frage von der Agenda der Weltpolitik war der Bonner Regierung bereits seit der Genfer Gipfelkonferenz von 1955 grundsätzlich klar. Der 13. August hatte diese Tatsache den Deutschen schmerzhaft verdeutlicht.

Die Schuld an der eingetretenen Verschärfung der internationalen Lage gab Brandt der Regierung der Sowjetunion, „die nicht davon ablassen will, das aus Brutalität und Unfähigkeit zusammengesetzte Ulbricht-Regime zu stützen“. Er beharrte wie Adenauer auf der Einheit der Deutschen: „Die Preisgabe unserer Landsleute wird nicht stattfinden. Wir sind ein Volk [...] nur Recht und Moral verpflichten uns zu diesem Standpunkt.“

Nicht die Grenzschießung am 13. August war für Brandt rückblickend der Wendepunkt in seinem politischen Denken, sondern die Reaktion der Westmächte auf diesen Gewaltakt. Er verlor Illusionen und gewann Realitätssinn: „Es wurde Ulbricht erlaubt, der Vormacht des Westens einen bösen Tritt vors Schienbein zu versetzen – und die Vereinigten Staaten verzogen nur verstimmt das Gesicht. Meine politischen Überlegungen sind in den folgenden Jahren durch die Erfahrungen dieses Tages wesentlich mitbestimmt worden. Was man meine Ostpolitik genannt hat, wurde vor diesem Hintergrund geformt.“

Ulbricht und die deutsche Einheit

Am 18. August erklärte Ulbricht der DDR-Bevölkerung die Grenzsperrung als Rettung des europäischen Friedens vor einer

drohenden Aggression der Bundesrepublik gegen die DDR. Das bedeutete für die SED aber keine grundsätzliche Absage an die deutsche Einheit, im Gegenteil, er nannte den genauen Zeitpunkt der deutschen Wiedervereinigung. Er wiederholte die obligatorische Schuldzuweisung an den Westen, der für die Teilung verantwortlich sei, und unterstrich: „Niemand aber soll etwa denken, die strenge Sicherung unserer Grenzen hätte zu bedeuten, daß wir etwa die Arbeiter und die friedliebenden Menschen in Westdeutschland abgeschrieben hätten. Nein, niemand ist abgeschrieben.“ Der letzte Satz war eine Replik auf Brandts Rede am 16. August. Ulbricht verschob den Tag der Wiedervereinigung auf den Sieg des Sozialismus in Deutschland, der zur Voraussetzung die sozialistische Umwälzung in der Bundesrepublik hätte.

Entgegen der Betonung der Gemeinsamkeiten mit Teilen der westdeutschen Bevölkerung war die Konsequenz der SED für die DDR eine konsequente Abgrenzung von der Bundesrepublik. Ulbricht hatte über ihre Notwendigkeit auch keine Illusionen. Im September 1961 erstattete er einen Lagebericht an das Präsidium der KPdSU. Die Schlüsselworte waren die „Stabilität der Lage“ und das „Umdenken“ in der DDR, in West-Berlin und der Bundesrepublik. Die Voraussetzung für die Stabilität der DDR sei die Grenzschießung. Ulbricht schrieb: „Die Erfahrungen der letzten Jahre haben bewiesen, daß es nicht möglich ist, daß ein sozialistisches Land wie die DDR einen friedlichen Wettbewerb mit einem imperialistischen Land wie Westdeutschland bei offener Grenze durchführen kann.“ Ein solcher Wettbewerb sei nur möglich, „wenn das sozialistische Weltsystem in der Pro-Kopf-Produktion die kapitalistischen Länder übertroffen hat“. Die Menschen in der DDR, die immer noch auf eine Wiedervereinigung im westlichen Sinn gehofft hatten, „waren jetzt gezwun-

gen, die Fragen bis zu Ende zu denken, das heißt, daß die Lösung der nationalen Frage des deutschen Volkes [...] den Sieg des Sozialismus in der DDR voraussetzt“. Die Intelligenz habe die Situation relativ schnell verstanden, „respektierte“ die Maßnahmen, und „es gab mit ihnen weniger Schwierigkeiten als früher“.

Die Politik des Nicht-Loslassens

Der nationale Zusammenhalt der Deutschen über Zonengrenzen hinweg beruhte seit 1945 in erster Linie auf den familiären Bindungen und auf der gemeinsamen Sprache und Kultur. Die SED-Führung zog diese Grenze nicht nur, um die Flucht aus der DDR zu verhindern, sie tat es auch, um die „nationalen Illusionen“ in der DDR absterben zu lassen. Der einheitlichen Sprache wollte die SED durch Zensur und Sprachlenkung beikommen. In ihrer Kulturpolitik betonte sie die Eigenständigkeit der sozialistischen Kultur der DDR in Abgrenzung zu der der Bundesrepublik. Dieser Prozess der erzwungenen Abgrenzung der Bevölkerung der DDR von den Deutschen in der Bundesrepublik bedrohte langfristig die politische Option, einen deutschen Nationalstaat zu rekonstruieren.

International war die bundesdeutsche Politik gezwungen, sich den neuen weltpolitischen Realitäten anzupassen; das wusste auch Adenauer. Seine Überlegungen kreisten um einen Modus Vivendi mit der Sowjetunion in der deutschen Frage und die Einsicht, dass wir „die SBZ hinnehmen [müssen], auch als staatsrechtliches Gebilde, wenn die Menschen dort freier und menschenwürdiger leben können“. Kurz vor dem Ende seiner Kanzlerschaft konnte er aus dieser Einsicht selbst keine politischen Konsequenzen mehr ziehen.

Das demonstrative Nein von Brandt auf die stummen Fragen der Deutschen hinter dem Stacheldraht, ob man sie nun „abschreibe“ oder gar „verrät“, war

von grundsätzlicher Natur. Es war zugleich die Anfrage an die Westdeutschen, ob sie gewillt waren, an der nationalen Perspektive der deutschen Einheit angesichts der mit der Mauer endgültig vollzogenen Spaltung Deutschlands festzuhalten. Der Realität deutscher Zweistaatlichkeit mussten die Bundesregierung und der Berliner Senat aber ihren Tribut zollen; sie mussten eine Politik des Nicht-Loslassens entwickeln, die der Logik der Mauer und der Abgrenzungspolitik des SED-Staates entgegenwirkte.

In Berlin hatte die Mauer viele menschliche Beziehungen zerrissen. West-Berlinern war danach ein Besuch ihrer Angehörigen im Ostteil der Stadt verwehrt. Es dauerte zweieinhalb Jahre bis zur ersten Passierscheinregelung zwischen dem Berliner Senat und der DDR im Dezember 1963. Es war der sichtbare Beginn der Politik der menschlichen Erleichterungen in der Spaltung seitens des Berliner Senats und der Bundesrepublik. Ihr Preis war bekannt, die faktische Anerkennung der DDR als zweiten deutschen Staats, der Berliner Senat zahlte ihn.

Gemeinsamkeiten sichern

Warum eine solche Politik notwendig war, um gerade am Ziel der Wiedergewinnung der nationalen Einheit festzuhalten, das hat Ernst Richert brillant und überzeugend begründet. Dieser Pionier der westdeutschen DDR-Forschung floh aus Leipzig nach Berlin. Für ihn stand fest: „Die Zeit arbeitet für die Verhärtung des Status quo“ und damit für die SED. „Nichts in der Welt wird die Russen zwingen können, vor dem Jahr 2000 Mitteldeutschland zu räumen.“ Er zitierte Bundeskanzler Adenauer, der im Bundestag die Position vertreten hatte, „in der Frage der Wiedervereinigung müsse man sich auf Zeiträume ähnlich denen der Abwesenheit Elsaß-Lothringens von Frankreich gefasst machen“. Sie dauerte achtundvierzig Jahre, und aus dieser

Feststellung Adenauers folgte Richert: „Wenn man die Dinge so weiterlaufen läßt, ist in vierzig Jahren, wenn die heute jüngste Generation die älteste ist, mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit nichts mehr zu vereinigen.“

Richerts Sorge war, dass zum Zeitpunkt einer möglichen Wiedervereinigung die beiden deutschen Gesellschaften nur noch über „eine aussterbende ältere Generation“ mit ihren privaten Kontakten locker zusammengehalten und sich in der gleichen deutschen Sprache wechselseitig gründlich missverstehen würden. Er forderte „bundesdeutsche Eigeninitiative“, statt weiterhin allein auf die Politik der Westmächte zu bauen, um „auf der Grundlage des Status quo eine Verbesserung der Kontakte der beiden Gesellschaften“ und „auf indirekte Weise“ für die DDR die „Errichtung polnischer Zustände“ anzustreben.

Der Verweis auf die gewachsene ökonomische Macht der Bundesrepublik und den Weg über Moskau, um Einfluss zu nehmen auf die Veränderungen der stalinistisch geprägten SED-Diktatur, umschrieb wie der Verweis auf Polen seine Hoffnung auf die Chance für eine reformkommunistische Politik für die DDR. Diese Alternative – vielleicht auch zur verlorenen nationalen Einheit – konnte realistischerweise nur von der Sowjetunion initiiert werden. Alle Alternativen zur Veränderung des Status quo der Diktatur unterhalb einer Wiedervereinigung setzten für die Bundesrepublik die Anerkennung der Realitäten, auch der des SED-Staates, voraus. Nur auf dieser Basis konnte überhaupt verhandelt werden. Richerts Analyse und Prognose über das Schicksal der deutschen Einheit überliefern den Schock über die möglichen Konsequenzen des Mauerbaus für die Zukunft Deutschlands. Die neue Ostpolitik der Bundesrepublik ab Mitte der Sechzigerjahre beherzigte Richerts Mahnung, die verbliebenen Gemeinsamkeiten

zwischen den beiden Gesellschaften im geteilten Deutschland zu sichern. Eine dieser Gemeinsamkeiten blieben die deutsche Literatur und die Sprache.

Der Schriftsteller Günter de Bruyn schrieb rückblickend: „Die Entfremdung der Teilungsjahre war also, wie ich glaube, in der kleinen, aber doch nicht einflusslosen Gruppe der Literaten weniger stark. Zu verdanken ist das in erster Linie der gemeinsamen Sprache, die zwar für alle Bevölkerungskreise das gemeinsame Band bildete, für Literaten aber von besonderer Bedeutung ist. Für sie ist die Sprache Voraussetzung ihrer Arbeit.“

Den Anspruch auf nationale Einheit und Selbstbestimmung gab keine Bundesregierung völkerrechtlich auf. Auch in den achtundzwanzig Jahren, in denen die Mauer stand, bewährte sich Berlin als Drehscheibe für Kontakte sowie Informationen und als Brücke zwischen den Menschen in beiden deutschen Staaten.

Perspektiven der amerikanischen und sowjetischen Deutschlandpolitik

Alles hing für die weitere Zukunft West-Berlins 1961 von der Reaktion des amerikanischen Präsidenten John F. Kennedy auf den Mauerbau ab. Der ließ sich am 14. August über die Lage in Berlin informieren, und seine Reaktion soll gelassen gewesen sein: „Die anderen sind in Panik geraten – nicht wir. Wir werden jetzt nichts tun, weil es keine Alternative gibt außer Krieg. Es ist vorbei, sie werden Berlin nicht überrollen.“

Die östliche Grenzschießung hatte die Rechte der Westmächte in der Stadt respektiert, trotzdem war die Krise nicht vorbei. Kennedy schickte Verstärkungen der amerikanischen Garnison nach Berlin und entsandte General Lucius D. Clay nach Berlin, um die amerikanische Sicherheitsgarantie für West-Berlin sichtbar zu demonstrieren. Gleichzeitig startete er eine Verhandlungsinitiative gegenüber Moskau, um den Konfliktherd Berlin zu be-

reinigen. Chruschtschow war zu solchen Verhandlungen bereit, forderte aber „Realismus in der deutschen Frage“. Was er darunter verstand, verdeutlichte er dem belgischen Außenminister Paul-Henri Spaak wenige Wochen nach der Teilung Berlins. Er erzählte ihm eine Anekdote aus der Frühzeit der Sowjetunion: „Damals gab es viele Fragebögen zur Befragung von [Partei- und Staats-] Bediensteten.“ Eine der Fragen betraf den Glauben an Gott. „Ein Feuilletonist hat das genutzt und eine Glosse geschrieben. Man fragt einen sowjetischen Bediensteten: Glauben Sie an Gott? Er sagt: im Dienst nein, aber zu Hause – ja. So befassen Sie sich mit den Deutschland-Fragen. Zu Hause, da sagt er nein, im Dienst – ja, denn de Gaulle hat sich nie dafür erklärt, daß es zwei Deutschlands gibt, nirgends hat er sich öffentlich dafür ausgesprochen, aber im Gespräch scheut er sich nicht und sagt offen, man dürfe keinesfalls zulassen, daß es ein Deutschland gibt, es sei nötig, daß es zwei Deutschlands gibt. Die Engländer, die sind diplomatischer. Sie sagen das nicht im Gespräch, sondern man muß in ihren Augen lesen, daß sie nie damit einverstanden sein werden, daß ein Deutschland entsteht. Der Standpunkt zu Deutschland ist hier nicht durchdacht, unreal. Wir glauben, daß es zwei Deutschlands gibt. Und das ist die Realität. Sie, der Westen, wollen ein einziges Deutschland, wie Sie jedenfalls verkünden, aber unaufrecht.“

Nach diesen Ausführungen umriss Chruschtschow die sowjetische Position zu Deutschland, die er als Verhandlungsgrundlage ansah: „Um ein einiges Deutschland mit Ulbricht an der Spitze zu haben, ist ein Krieg erforderlich. Um ein Deutschland mit Kanzler Adenauer an der Spitze zu haben, ist ein Krieg erforderlich. Wir sind gegen Krieg. Wir sind für das, wie jetzt die Lage entstanden ist.“

Gegen den sowjetischen Realismus setzte Henry Kissinger in Washington

zeitgleich die amerikanische Interessenslage in der deutschen Frage. In seiner Analyse der deutschen Politik für die amerikanische Administration kam er zum Schluss, diese müsse nach dem 13. August in der Frage der Wiedervereinigung Konsequenzen ziehen. Stacheldraht und Mauer seien international eine deutliche Absage an alle deutschen Hoffnungen auf eine Wiedervereinigung. Trotzdem würden diese weiter existieren und als Potenzial auf die Politik der Bundesregierung wirken.

Kissinger dachte Politik in längeren Zeiträumen, und er wusste vor allem, welche Bedeutung die öffentliche Meinung für das Selbstverständnis von Gesellschaften hat. Er befürwortete daher trotz der Bilder aus Berlin, dass die amerikanische Regierung weiterhin für die deutsche Wiedervereinigung eintrete. Für ihn war diese Position keine „politische Träumerei“, sondern eine „absolute Notwendigkeit, um den Aspirationen der deutschen Bevölkerung gerecht zu werden“. Dabei hatte er vorrangig die amerikanische Deutschlandpolitik im Blick, deren oberste Priorität es damals war, die Bundesrepublik im westlichen Bündnis zu halten und ihr kein erneutes „Rapallo“ zu ermöglichen. In den westlichen Regierungen war die Furcht vor einer Wiederholung eines neutralistischen Ausgleichs der Bundesrepublik mit der Sowjetunion immer virulent.

Kissinger wollte aber diese Möglichkeit dauerhaft ausschließen, indem sich die USA in dieser Frage klar positionierten: „Der beste Weg hierfür ist es, die Schuld an der fortdauernden Trennung weiterhin der UdSSR anzulasten.“ Bonn war nicht Weimar, und eine Berlinpolitik außerhalb der Abstimmung im westlichen Bündnis kam für die Bundesrepublik nicht in Betracht; garantierten doch vor allem die USA die Freiheit West-Berlins.